

Niederschrift
**über die Sitzung des Ausschusses für Bauen und Mobilität, Katastrophen- und
Feuerschutz am 20.09.2023 im IGS Friesland Süd, Zetel, Kronshausen 6, 26340 Zetel**

Beginn: 15:30 Uhr

Ende: 17:49 Uhr

Teilnehmer/innen:

Vorsitzender

Buß, Manfred

Mitglieder

Bergfeld, Christian

Burgenger, Uwe

Eilers, Claus

Gburreck, Fred

Haesihus, Heiner

Herfel, Bärbel

Homfeldt, Axel

Ramke, Annika

Tammen, Reiner

Theemann, Hendrik

während TOP 4.1.3 gegangen

bis TOP 10, nicht anwesend bei Abstimmung TOP 4.1.4

bis TOP 4.1.7.2

beratende Mitglieder (GM)

Möller, Jan Ole

stellv. beratende Mitglieder

Fianke, Jens-Olaf

Teilnehmer/in des JuPa FRI

Tönjes, Jannes

Angehörige der Verwaltung

Alpaslan, Ünal

Ambrosy, Sven

Duit, Sarah

Greve, Henriette

Hinrichs, Thorsten

Tetz, Timo

Wessels, Denise

Rechtsreferendarin

Gäste

Wilken, Wilhelm

Kilic, Yasin

Schumacher, Jens

Piltz, Rüdiger

Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr

Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr

Piltz + Berends Architektur- und Ingenieurbüro

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende **Herr Buß** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit sowie die ordnungsgemäße Ladung werden festgestellt. Zudem verweist er auf drei zusätzliche Vorlagen, welche ein Interessenbekundungsverfahren beinhalten und bittet den Landrat Herrn Ambrosy um Ausführung dieser.

Der Landrat **Herr Ambrosy** führt aus, dass die Verwaltung darum bitte, einen neuen TOP 4.1.7 Interessenbekundungsverfahren zum Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen im Bereich Sport, Jugend, Kultur Förderaufruf 2023“ mit drei Unterpunkten, die Sporthallen der BBS Jever, des Mariengymnasiums Jever und der BBS Varel betreffend, in die Tagesordnung aufzunehmen. Er erläutert die Wichtigkeit dieser Punkte damit, dass die Sporthallen ohnehin in den Jahren 2025 bis 2027 saniert würden und dass diese Förderung eine erhebliche finanzielle Entlastung für den Landkreis sei. Zudem müsse der Kreistag den Förderantrag bestätigen, weshalb der Beschluss diesem spätestens am 04.10.2023 vorliegen müsse, damit der Landkreis von der Fördersumme profitieren könne.

Der Vorsitzende **Herr Buß** möchte wissen, ob es dazu Einwände gebe und stellt fest, dass keine vorhanden sind. Damit wurde einstimmig beschlossen, den Punkt 4.1.7 auf die Tagesordnung zu setzen.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.06.2023

Die Niederschrift vom 14.06.2023 wird genehmigt.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Ein Bürger erläutert, dass für die Anschaffung von eventuellen Fahrrad-Servicestationen in Zetel mögliche Sponsoren bereitstehen würden. Aufgrund dieser Ausgangslage möchte er wissen, ob im Fahrradkonzept des Landkreises auch hierzu Inhalte vorhanden seien und ob der Landkreis ggf. Planungen habe.

Herr Hinrichs antwortet, dass neben dem umfangreichen Inhalt zu „Infrastruktur“ auch die Themen „Service“, „Information“ und „Kommunikation“ im Konzept angegangen wurden. Radservicestationen passen in den Bereich „Service“, er persönlich halte viel von diesem Baustein und strebe ein einheitliches Outfit und eine Positionierung an bestimmten markanten Abstellanlagen von Fahrrädern an. In der nächsten Sitzung des neuen Radverkehrsforums Friesland werde auch zu diesem Thema ein gemeinsames Vorgehen mit allen Gemeinden angegangen werden, er sieht hier im Ergebnis den Landkreis in koordinierender Funktion.

TOP 4 Berichte und Vorlagen der öffentlichen Sitzung

TOP 4.1 Berichte und Vorlagen für den Kreistag:

TOP 4.1.1 Vorstellung der möglichen Sanierungsvarianten der IGS Friesland-Süd anhand einer Machbarkeitsstudie zur Bestimmung der

wirtschaftlichsten Lösung

Vorlage: 0618/2023

Der Landrat **Herr Ambrosy** freue sich für die Verwaltung dem Gremium den Startschuss für die komplette Sanierung und Modernisierung der IGS Friesland Süd vorzulegen. Es werde die Variante zwei vorgeschlagen, um somit alle schulischen und pädagogischen Angebote konzentrieren zu können. Zudem sei ein zentraler Standort auch günstiger in der Bewirtschaftung. Bei Beschluss der Vorlage durch den Kreistag wird die Verwaltung entsprechende Finanzmittel in die mittelfristige Haushaltsplanung aufnehmen.

Herr Piltz stellt drei Varianten für die Sanierung und Modernisierung der IGS Friesland Süd in Form einer Präsentation vor.

Herr KTA Bergfeld möchte wissen, welche zusätzlichen Kosten bezüglich einer Schadstoffsanierung bei der Variante zwei in einem Worst-Case-Szenario auf den Landkreis zukommen könnten. Diese Information erachte er für eine Abwägung zu Variante drei als sehr hilfreich.

Herr Piltz schätzt das Risiko für exorbitante Zusatzkosten in einem solchen Fall als sehr gering ein. Verglichen mit anderen Projekten könne er sich höchstens 1.000.000 € Zusatzkosten aufgrund von Schadstoffen vorstellen. Seine Einschätzung untermauert er dabei u. a. mit dem Beispiel, dass bei einem großen Vorhaben des Marinearsenals eine Schadstoffsanierung durchgeführt worden sei, welche erst auf 2.500.000 € Kosten geschätzt worden sei und letztendlich 1.000.000 € gekostet habe.

Der Landrat **Herr Ambrosy** verweist darauf, dass in einem solchen Fall das Ganze erneut im Ausschuss besprochen werde und man im schlimmsten Fall dann auch noch eine Variantenänderung beschließen könne. Das Gremium würde sich mit dem heutigen Beschluss nicht final festlegen. Zusätzlich merkt Herr Ambrosy an, dass die Verwaltung die Variante zwei aus Nachhaltigkeitsgründen, wie z. B. der grauen Energie, befürworte, da mit dieser noch ein Großteil der intakten Infrastruktur erhalten werde.

Herr KTA Homfeldt stimmt dem Landrat hinsichtlich der grauen Energie zu, weist allerdings darauf hin, dass man für eine richtige Betrachtung und Einordnung der Varianten die jeweiligen Lebenszykluskosten kennen müsse. Entscheidend sei dabei wie viel das Gebäude im Betrieb koste und wie lange es halte. Herr KTA Homfeldt bittet deshalb um Berücksichtigung und Konkretisierung der Lebenszykluskosten.

Herr Piltz macht auf die aufgezeigten Flächen aufmerksam, da diese einen Anhaltspunkt für die Lebenszykluskosten böten.

Der Landrat **Herr Ambrosy** ergänzt, dass als erstes ein Grundsatzbeschluss benötigt werde, um schrittweise ins Handeln kommen zu können. Spätestens bei der Vorlage dazu werde es konkrete Vorschläge zum Umfang der Architekturaufträge geben und dann könne man immer noch Ergänzungen vornehmen. Er betont, dass dieser Grundsatzbeschluss auch für die Haushaltsberatung sehr wichtig sei.

Herr KTA Burgenger stimmt dem Landrat zu und befürwortet Variante zwei. Ihm sei dabei allerdings ein möglichst CO₂-neutrales Energiekonzept wichtig und möchte daher wissen wie dieses aussehen könne.

Frau KTAe Herfel spricht sich für die Variante drei aus. Es müsse die Variante gewählt werden, die vorausschauend und vernünftig ist und ihrer Meinung nach, müsse man sich dann auch dafür entscheiden etwas mehr Geld zu investieren. Zur Variante zwei möchte Frau KTAe Herfel wissen, ob auch Aufzüge vorgesehen sind. Zusätzlich fragt sie, ob es schon einen Ansatz für die Fördermittel gebe, in welcher Höhe sich diese bewegen würden.

Herr Piltz bestätigt, dass für die Variante zwei Aufzüge vorgesehen seien.

Bezüglich der Fördermittel kann **Herr Alpaslan** noch keine konkreten Angaben machen. Hinsichtlich der Anregung die Variante drei umzusetzen gibt er zu bedenken, dass nach derzeitigem Planungsstand ein Differenzbetrag von ca. 10 Millionen Euro im Raum stehe. Zwar gebe es noch Einflussfaktoren auf die Kostenentwicklung bei der zweiten Variante, welche erst nach Beauftragung einer Schadstoffanalyse und eines Brandschutzkonzeptes näher definiert werden könne, jedoch müsse beachtet werden, dass auch bei der dritten Variante Kosten noch nicht gänzlich ermittelt oder berücksichtigt werden konnten, wie z. B. die Anmietung von Klassenraumcontainern.

Nach Vorlage der o.g. Untersuchungen zur Variante zwei werden diese dem Ausschuss zur Beratung und Entscheidung vorgelegt.

Herr KTA Gburrek spricht sich komplett gegen die Variante eins aus, da hier die Lage des Gebäudes für ein pädagogisches Konzept der Schule zu weit abgelegen sei. Seiner Meinung nach sei es sinnvoll mit Variante zwei zu starten, weil die dritte Variante sehr teuer ist und man könne immer noch weiter überlegen und anders entscheiden, wenn sich herausstellt, dass bestimmte Konzepte nicht umzusetzen seien und es doch teurer werde. Er hebt hervor, dass die Mehrheitsgruppe Variante zwei vorrangig unterstütze.

Herr KTA Theemann stimmt Herrn KTA Gburrek zu und betont, dass ein Neubau nicht mit Nachhaltigkeit gleichzusetzen sei und dass Nachhaltigkeit auch bedeute, dass auf Änderungen jeglicher Form flexibel reagiert werden könne. Er bittet darum, dass bei Erstellung des genauen Konzeptes eine gewisse Flexibilität berücksichtigt werde, damit in Zukunft bspw. auf steigende Schülerzahlen o. ä. reagiert werden könne. Das sei seiner Meinung nach vorausschauend und der nachhaltigste Weg.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Vorsitzende **Herr Buß** über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt die Planung zur Umsetzung, der in der Variante 2 beschriebenen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen an IGS Friesland-Süd, wie in der Vorlage beschrieben, fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja:	11
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 4.1.2 Erweiterung des Straßenverkehrsamtes am Standort „Am Bullhamm 13“ in Jever Vorlage: 0621/2023

Herr Alpaslan stellt die Vorlage vor.

Herr KTA Homfeldt weist auf die fortschreitende Digitalisierung hin und fragt, ob sich bei einer komplett durchdigitalisierten Verwaltung derselbe Raumbedarf ergebe.

Herr Hinrichs erwidert, dass gerade das Straßenverkehrsamt einen sehr hohen Digitalisierungsgrad habe und dass man im Zuge der Digitalisierung auch Rücksicht auf die Bürgerinnen und Bürger nehmen müsse, die nicht so technisch versiert sind. Er beschreibt die praxisnahen Arbeitsabläufe sowie die Problematik zwischen Arbeitsräumen und

Nebenträumen bzw. Lagerräumen und stellt fest, dass es aufgrund des bereits hohen Digitalisierungsgrades wenig Potential für eine weitere Raumeinsparung gebe.

Herr KTA Homfeldt verweist darauf, dass er mit seiner Frage auf eine effizientere Nutzung der Räume durch flexible Arbeitszeitmodelle wie Homeoffice und Desk-Sharing abziele. Man müsse hier mit einem Weitblick herangehen und nicht nur die aktuelle Situation im Blick haben.

Herr Hinrichs macht deutlich, dass flexible Arbeitszeitmodelle wie das Desk-Sharing heute schon für z. B. das Sachgebiet Bußgeldstelle berücksichtigt worden seien. Mögliche Einsparpotentiale seien generell schon berücksichtigt worden.

Herr Alpaslan fügt ergänzend hinzu, dass bei diesen Arbeitszeitmodellen Rücksicht auf die Präferenzen der Mitarbeiter genommen werden müsse, da man schließlich niemanden zwingen könne im Homeoffice zu arbeiten. Herr Alpaslan beschreibt kurz die Problematik mit den Arbeits- und Lagerräumen und weist darauf hin, dass genau diese Problematik gelöst werden solle.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorhanden sind, lässt der Vorsitzende **Herr Buß** über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird mit der Planung und Umsetzung zur baulichen Erweiterung des Straßenverkehrsamtes beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja:	11
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 4.1.3 Umsetzung des Fahrradkonzeptes des Landkreises Friesland; Prioritäteneinstufung der Radverkehrsmaßnahmen an Kreisstraßen Vorlage: 0612/2023

Herr KTA Burgenger nimmt zunächst auf den aktuellen Antrag der Mehrheitsgruppe vom 11.09.2023 bezug, in dem beantragt wird, als erste Priorität den Ausbau einer Radvorrangroute (RVR) von Jever über Schortens und Sande bis Varel vorzusehen. In der Vergangenheit sei das Hauptaugenmerk des Landkreises auf die Quantität der Radwege an Kreisstraßen gelegt worden. Nunmehr gelte es, qualitativ hochwertige Radverkehrsanlagen als attraktives Angebot herzustellen, so dass ein Paradigmenwechsel entstehe. Im Ergebnis verweist er auf den Antrag und möchte darüber hinaus Ziffer 1 der Vorlage nochmals zur weiteren Beratung in die Fraktionen zurückgestellt wissen. Es bestehe zu der umfangreichen Liste nach wie vor Diskussionsbedarf: Am Beispiel des möglichen Radweges an der K 93 (Waddewarden nach Sillenstede) macht er deutlich, dass es in weiten Teilen der Strecke gute Parallelverbindungen gebe. Bei einem (teilweisen) Verzicht auf diese Strecke wären Einsparungen von mehr als einer Million € möglich.

Der Landrat **Herr Ambrosy** bittet nachdrücklich darum, dass bei einer Zurückverweisung der Vorlage (Ziffer 1) aber doch zeitnah ein Votum erfolgen müsse, um die Haushaltplanung (Masterplan Straßen und Radwege) nicht zu blockieren.

Herr Hinrichs nimmt diesen Punkt auf und betont, dass es für die Verwaltung wichtig sei, mit einer Klassifizierung der möglichen Maßnahmen in kurz-, mittel- und langfristige (siehe die

vorgelegte Liste) eine Orientierung zu erhalten, um den Gremien mit der nächsten Sitzung eine darauf basierende Fortschreibung des Masterplans vorzulegen, in dem auch erste Maßnahmen aus dem Fahrradkonzept einfließen könnten. Erfolge diese Orientierung nicht, drohe für die Fortschreibung des Plans zumindest im Hinblick auf die Jahre 2026, 2027 eine Lücke, denn man könne ansonsten keine seriösen Vorschläge machen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass das Fahrradkonzept in Gänze bereits beschlossen sei und die betr. Liste nur ein Extrakt (bezgl. der dort genannten Maßnahmen an Kreisstraßen) sei, der seitens der Verwaltung in die o.g. Planungsprioritäten klassifiziert sei. Davon zu trennen seien der vorliegende Antrag der Mehrheitsgruppe, der eine konkrete Priorisierung einer bestimmten RVR vorsehe und insbesondere auch der mögliche Radweg an der K 93. Dieser wird in der betr. Liste nur in einem gesonderten Kapitel redaktionell gelistet, weil dort ja bereits eine Planung anhängig sei (genau wie an der K 332 –bekanntlich bereits abgeschlossen-, K 294 in Sande und K 86, Friederikensiel bis L 808). Zu diesen Radwegen bedarf es keiner Festlegungen mehr, weil diese bereits in Planung seien. Herr Hinrichs betont, dass selbstverständlich über jeden Radweg im Hinblick auf Nutzen diskutiert werden könne (solange noch nicht im Bau), aber dies sei unabhängig von dieser Vorlage.

Herr KTA Burgenger erklärt, dass es kein Problem sei den Antrag direkt zu beschließen. Er habe der Opposition lediglich etwas Zeit einräumen wollen, um den Antrag nochmals genauer durchgehen zu können, da dieser recht kurzfristig gestellt worden sei.

Herr KTA Homfeldt teilt mit, dass die Opposition keine weitere Zeit benötige und dass somit direkt über den Antrag abgestimmt werden könne.

Herr KTA Burgenger nimmt dies zum Antrag und möchte den Punkt auf die Prioritätenliste setzen.

Der Landrat **Herr Ambrosy** verdeutlicht noch mal, dass der Landkreis Friesland nicht die komplette Kostenträgerschaft habe, nur, weil der Punkt als Priorität gesetzt werde. Man befinde sich hierzu mit den beteiligten Städten und Gemeinden schon im Austausch.

Frau KTAe Herfel verlässt gegen 16:40 Uhr den Raum.

Herr KTA Eilers äußert sich hinsichtlich der aufkommenden Kosten skeptisch und bittet hierzu um eine Einschätzung der Verwaltung.

Herr Hinrichs macht den Vorschlag, dass die Ausgangslage zum in der Planfeststellung befindlichen Radweg an der K 93 mit allen zu berücksichtigenden Rahmenbedingungen, Vor- und Nachteilen für die nächste Sitzung des Ausschusses aufbereitet werde, so dass dann dazu ein Beschluss gefasst werden könne. Bis dahin werde die Planung „ruhend“ gestellt.

Dieser Vorschlag wird begrüßt, so dass auch **Herr KTA Eilers** eine Beschlussfassung über die Vorlage und den Antrag befürwortet.

Der Vorsitzende **Herr Buß** lässt unter Ergänzung über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Unter Ergänzung des Beschlussvorschlages ergeht folgender

Beschluss:

1. Unter Berücksichtigung des Grundsatzbeschlusses zum Fahrradkonzept (siehe Vorlage 0425/2023) wird die vorgelegte Priorisierung der linearen Maßnahmen an Kreisstraßen beschlossen.
Die haushälterische Priorisierung der konkreten Maßnahmen an Kreisstraßen bleibt der jährlichen Beschlussfassung der Bauprogramme und darüber hinaus der Haushaltsplanung vorbehalten.

2. Um die Umsetzung des Fahrradkonzeptes voranzutreiben und die ehrgeizige Zielsetzung in Ziffer 1 zu realisieren, wird darüber hinaus die Verwaltung beauftragt
 - a.) den Aufgabenschwerpunkt der „aktiven Mobilität“ im Fachbereich Straßenverkehr im Sachgebiet „Kreisstraßenverwaltung“ des Fachbereiches Straßenverkehr zu organisieren;
 - b.) die personellen Voraussetzungen im betr. Fachbereich zu schaffen (Anm.: 1,5 AK zusätzlich), wobei die Umsetzung der Haushaltsplanung (und der darin enthaltenen Stellenplanung) obliegt;
 - c.) in dem neu gegründeten „Radverkehrsforum Friesland“ die Vernetzung sämtlicher Akteure zum Thema „Radverkehr“ im Landkreis Friesland beizubehalten.
 - d.) zum Radweg an der K 93 (Waddewarden bis Sillenstede) mit allen zu berücksichtigenden Rahmenbedingungen, Vor- und Nachteilen für die nächste Sitzung des Ausschusses eine Vorlage vorzubereiten.

3. Der Antrag der Mehrheitsgruppe (siehe Anlage 1) wird beschlossen).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja:	10
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 4.1.4 Beschaffung eines Löschfahrzeuges-Katastrophenschutz Niedersachsen (LF-KatS NDS) Vorlage: 0615/2023

Herr Tetz stellt die Vorlage vor.

Herr Fianke erklärt, dass es sich bei modernen Fahrzeugen um eine Kombination aus Lösch- und Hilfeleistungsfahrzeug handle, welche bspw. ideal auf Verkehrsunfälle zugeschnitten seien. Auch die Länge des Löschschauches sei um ein vielfaches höher. So betrage die Länge bei alten Fahrzeugen nur 120 Meter, während diese bei modernen Fahrzeugen ganze 600 Meter betrage. Die alten Fahrzeuge seien jeweils nur auf spezielle Einsätze ausgelegt und könnten somit nicht alle Einsatzbereiche abdecken. Herr Fianke betont, dass u. a. durch Autobahnen und Raffinerien ein Gefahrenpotential vorhanden sei und dass die Kreisfeuerwehr viele neue Aufgaben im Bereich Brand- und Katastrophenschutz bekommen habe. Aus diesen Gründen sei die Beschaffung eines solchen Fahrzeuges essentiell.

Herr KTA Haesihus wirft ein, dass die Fahrzeuge früher vom Bund beschaffen worden seien.

Herr Tetz bestätigt dies und führt aus, dass es noch zwei Fahrzeuge im Landkreis gebe, die durch den Bund beschafft werden. Eines davon sei derzeit abgängig, das Andere befinde sich noch in Bockhorn. Diese Fahrzeuge seien kein Eigentum des Landkreises, sondern würden nur vom Landkreis bewirtschaftet werden. Dabei sehe das Konzept des Bundes für die beiden Fahrzeuge vor, dass diese jederzeit für einen Einsatz weit über die Landkreisgrenzen hinaus abberufen werden können. Dadurch sei dies keine Konstante die planerisch eingerechnet werden könne und zur Verfügung stehe.

Herr KTA Homfeldt verlässt den Raum um 16:49 Uhr.

Herr KTA Haesihus befürwortet die Beschaffung des neuen Fahrzeuges.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Vorsitzende **Herr Buß** über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Beschaffung eines LF-KatS NDS für den Landkreis Friesland, durch das Land Niedersachsen, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja:	9
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP Sachstandsbericht zum Sirenenausbau
4.1.5 Vorlage: 0616/2023

Herr Tetz trägt den Sachstandsbericht zum Sirenenausbau in Form einer Präsentation vor.

Herr KTA Homfeldt betritt den Raum um 16:54 Uhr.

Der Landrat **Herr Ambrosy** ergänzt zum Punkt Sicherheitspartnerschaft, dass diese sich nicht nur auf den Sirenenausbau begrenzen lasse, sondern auch Themenbereiche bzw. Projekte wie z.B. Zivil- und Katastrophenschutz sowie „Leuchttürme“ und Resilienz beinhalte.

Herr Tetz fährt mit der Präsentation fort.

Im Hinblick auf die hohe Anzahl der geplanten Sirenen führt der Landrat **Herr Ambrosy** an, dass eine Reduzierung der Anzahl durchaus durch höhere Leistung und entsprechende Standortauswahl möglich sein könne.

Herr KTA Eilers möchte von Herrn Fianke wissen, ob die 66 zugeteilten Standorte für die Sirenen ausreichend seien oder ob es noch Bedarf für weitere Standorte gebe.

Herr Fianke erläutert, dass bei der damaligen Präsentation der Sirenen ein Beschallungsplan zugrunde lag und bis auf einige wenige Lücken, welche aber durch die 66 Sirenen hätten geschlossen werden können, eine Ausleuchtung in der Fläche gewährleistet gewesen sei. Dieser Plan sei in Abstimmung mit den Stadt- und Gemeindebrandmeistern sowie Vertretern der Ordnungsämter gemeinsam beschlossen worden. Die jetzige Abweichung könne vermutlich auf die Leistungsfähigkeit der jetzt geplanten Sirenen zurückzuführen sein.

Herr KTA Theemann schlägt vor, zuerst den Aufbau mit 66 Sirenen anzufangen und dann zu schauen bzw. durch Messung zu prüfen, ob diese ausreichend seien und bei Bedarf diesen mit weiteren notwendigen Sirenen auszubauen.

Herr KTA Haesihus gibt zu bedenken, dass durch die zusätzlichen 50 Sirenen auch eine finanzielle Mehrbelastung bei den einzelnen Gemeinden entstehe. Er möchte wissen, ob diesbezüglich schon eine Kommunikation mit den Gemeinden stattgefunden habe.

Der Landrat **Herr Ambrosy** erläutert, dass die Gemeinden darüber informiert worden seien und eine Kostenaufteilung zwischen Landkreis und betroffener Gemeinde zu gleichen Teilen beschlossen worden sei. Zudem könne der Preis für die Sirenen in vielen Fällen auch durch die Montierung auf dem Dach eines öffentlichen Gebäudes gedrückt werden. So koste eine Sirene mit Gestell bis zu 30.000 €, während eine aufmontierte Sirene bis zu 15.000 € koste. In dem Fall ergebe sich für die betroffene Gemeinde eine finanzielle Belastung von etwa 7.500 € und es werde im Verlauf, nur im Einvernehmen mit den Städten und Gemeinden, geprüft, ob noch weitere Sirenen installiert werden sollen. Somit werde man insgesamt bestimmt keine 116 Sirenen installieren, aber vermutlich auf etwas mehr als 66 Sirenen kommen.

Der Vorsitzende **Herr Buß** ist der Meinung, dass es sinnvoll sei die Installation abzuwarten. Er verweist auf die frühere Firma Olympia, die ihren Sitz in Roffhausen hatte, bei welcher zum Schichtbeginn und zu den Pausenzeiten eine Sirene aufgeheult habe, welche kilometerweit zu hören gewesen sei. Da sich die Technik seitdem weiterentwickelt habe, könne man davon ausgehen, dass die Sirenen eine mindestens genauso weite, vermutlich sogar noch weitere, Beschallung haben werden.

Kenntnisnahme/Empfehlung:

Der Sachstandsbericht zum Sirenenausbau wird zur Kenntnis genommen.

TOP **Hinzuwahl von beratenden Mitgliedern für den Ausschuss für Bauen**
4.1.6 **und Mobilität, Katastrophen- und Feuerschutz**
 Vorlage: 0617/2023

Herr Tetz stellt die Vorlage vor.

Da es keine Wortmeldungen gibt, trägt der Vorsitzende **Herr Buß** den Beschlussvorschlag vor und lässt über diesen abstimmen.

Beschluss:

Als beratende Mitglieder des Ausschusses für Bauen und Mobilität, Katastrophen- und Feuerschutz werden folgende hinzugewählt:

- Kreisbrandmeister Jens-Olaf Fianke, Varel
- stellvertretender Kreisbrandmeister Dirk Heuer, Schortens
- stellvertretender Gemeindebrandmeister Florian Tetz, Bockhorn
- Stadtbrandmeister Dirk Hellberg, Jever

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja:	10
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP
4.1.7** **Sanierung der Sporthalle BBS Jever;
Interessenbekundungsverfahren zum Bundesprogramm „Sanierung
kommunaler Einrichtungen in dem Bereich Sport, Jugend und Kultur
– Projektauftrag 2023“
Vorlage: 0626/2023**

Der Vorsitzende **Herr Buß** fasst die Begründung der Beschlussvorschläge noch mal in Kürze zusammen und schlägt eine Abstimmung en bloc über die Tagesordnungspunkte 4.1.7, 4.1.7.1 und 4.1.7.2 vor, welche die Zustimmung des Gremiums erhält.

Herr KTA Eilers möchte wissen warum die Sporthallen beim Erstantrag nicht ausgewählt worden seien.

Der Landrat **Herr Ambrosy** erläutert, dass das Förderprogramm im vergangenen Jahr sehr plötzlich gestartet sei und der Landkreis somit innerhalb von 14 Tagen entscheiden musste. Dabei sei die Förderung von sechs Sporthallen beantragt worden, von welchen letztendlich zwei gefördert worden seien. Herr Ambrosy erklärt weiter, dass die Vorarbeit von Herrn Alpaslan nun ermöglicht habe, bei dem neuen Förderprogramm, so schnell zu reagieren. Zudem weist er darauf hin, dass jetzt entsprechend schnell eine Entscheidung getroffen werden müsse und dass jegliche Fördermittel, die zuvor nicht eingeplant waren, ein Erfolg seien.

Der Vorsitzende **Herr Buß** lässt en bloc über die Tagesordnungspunkte 4.1.7, 4.1.7.1 und 4.1.7.2 abstimmen.

Beschluss:

Das Gremium stellt für die Sanierung der Sporthalle der BBS in Jever 2.700.000,00 € verteilt auf die Haushaltsjahre 2026, 2027 und 2028 zur Verfügung und unterstützt ausdrücklich die Umsetzung der Sanierungsmaßnahme.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja:	10
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP
4.1.7.1** **Sanierung der Sporthalle BBS Varel; Interessenbekundungsverfahren
zum Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in
dem Bereich Sport, Jugend und Kultur – Projektauftrag 2023“
Vorlage: 0627/2023**

Der Vorsitzende **Herr Buß** hat bei dem Tagesordnungspunkt 4.1.7 en bloc darüber abstimmen lassen.

Beschluss:

Das Gremium stellt für die Sanierung der Sporthalle der BBS in Varel 5.100.000,00 € verteilt auf die Haushaltsjahre 2026, 2027 und 2028 zur Verfügung und unterstützt ausdrücklich die Umsetzung der Sanierungsmaßnahme.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja:	10
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 4.1.7.2 Sanierung der Sporthalle Mariengymnasium Jever; Interessenbekundungsverfahren zum Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in dem Bereich Sport, Jugend und Kultur – Projektauftrag 2023“ Vorlage: 0628/2023

Der Vorsitzende **Herr Buß** hat bei dem Tagesordnungspunkt 4.1.7 en bloc darüber abstimmen lassen.

Beschluss:

Das Gremium stellt für die Sanierung der Sporthalle beim Mariengymnasium in Jever 3.900.000,00 € verteilt auf die Haushaltsjahre 2026, 2027 und 2028 zur Verfügung und unterstützt ausdrücklich die Umsetzung der Sanierungsmaßnahme.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja:	10
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 4.2 Berichte und Vorlagen für den Kreisausschuss:

TOP 4.2.1 Verkehrsunfallstatistik 2022 im Landkreis Friesland; Bericht aus der Unfallkommission Vorlage: 0600/2023

Frau KTAe Ramke verlässt um 17:14 Uhr den Raum.

Herr Hinrichs erläutert kurz die Verkehrsunfallstatistik 2022 und zeigt sich äußerst zufrieden über die weitere Reduzierung der UHS/UHL. Er erinnert daran, dass angesichts der Tatsache, dass man bereits von einer UHS bei fünf gleichartigen

Unfällen innerhalb eines Jahres spricht, große Schwankungen entstehen können. Die beiden festgestellten UHS/UHL sind

- a.) Kreuzung B 437/ Windallee, Varel
- b.) B 210, Jever

Bei der B 210 bleibt festzuhalten, dass die Entwicklung auch hier durchaus Raum für Optimismus zulässt, denn es waren in 2022 weder Getötete noch Schwerverletzte zu verzeichnen. Das gesamte Zahlenwerk der Polizeiinspektion WHV/FRI mit diversen Statistiken wird dem Protokoll als Anlage beigefügt. Auf Bitte von **Herrn KTA Homfeldt**, dieses Werk künftig gleich der Vorlage beizufügen, sagt Herr Hinrichs zu, dieses zukünftig unbedingt zumindest zu versuchen.

Kenntnisnahme/Empfehlung:

Der Bericht der Unfallkommission über die Verkehrsunfallstatistik 2022 wird zur Kenntnis genommen.

TOP Bericht der Verwaltung über Maßnahmen an Kreisstraßen 4.2.2 Vorlage: 0619/2023

Herr Hinrichs erläutert die Vorlage und stellt fest, dass selbstverständlich auch Fragen zu Maßnahmen an Bundes- und Landesstraßen an die anwesenden Vertreter der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr gestellt werden können. Er verweist auf den vorgelegten Bericht über Maßnahmen an Kreisstraßen und betont nochmals die Wichtigkeit des aktuell freigegebenen Radweges an der K 332 (Addernhausen). Hier wurden erstmals Quantität (ca. 2,5 km Radweg) mit Qualität (2,5 m Breite für sog. Basisradweg als Qualitätsstandard auch lt. Fahrradkonzept) umgesetzt, auch die Termintreue der ausführenden Firma sei noch zu erwähnen. Zum Radweg an der K 93 verweist er auf die Ausführungen zu TOP 4.1.3, hierzu wird es eine ausführliche Vorlage im nächsten Ausschuss geben, bis dahin wird die Planung „ruhend“ gestellt.

Darüber hinaus erwähnt er noch, dass die sog. „Piktogrammspur“ an der K 109 (Mühlenstraße, Hafestraße) in Varel schon lange aufmarkiert sein sollte. Gemeinsam mit den Vertretern der Landesbehörde sei er unzufrieden, dass die Maßnahme immer noch nicht fertig sei, aber eine Ausführung sei sehr kurzfristig angekündigt.

Auf Nachfrage von **Herrn KTA Eilers** zur Planung der Nebenanlagen an der K 294 (Hauptstraße) in Sande führt **Herr Hinrichs** aus, dass aktuell mit Planungsbüro und Gemeinde Sande abgestimmt wurde, die Pläne –sobald diese als erster Entwurf vorliegen- im November in den Gremien des Landkreises und der Gemeinde vorzustellen. Es sei klar, dass in der Ortsdurchfahrt nur begrenzter Verkehrsraum und kaum Möglichkeiten für Erweiterungen zur Verfügung stehen, so dass die Planung viele Kompromisse beinhalten werde, bspw. werden natürlich keine Radwege mit 2,50 m Breite möglich sein.

Herr KTA Burgenger fügt ergänzend hinzu, dass es einen Unterschied mache, ob man außerorts einen Zwei-Richtungsradweg habe oder ob man innerorts zwei Radwege habe. Entsprechend benötige man auch niedrigere Breiten.

Kenntnisnahme/Empfehlung:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

TOP 5 Berichte aus anderen Gremien

keine

TOP 6 Informationen aus dem Jugendparlament

keine

TOP 7 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Hinrichs berichtet über zwei Punkte:

a.) Radweg auf der alten Bahntrasse in Sande

Zur Ausgangslage wurde bereits in der letzten Ausschusssitzung berichtet. Nun gibt es einen neuen Sachstand, denn diverse Gespräche, insbesondere zwischen Gemeinde und Deutsche Bahn, hätten als Zwischenergebnis, dass auf der alten Trasse zwischen Ems-Jade-Kanal keine Kompensationsmaßnahmen mehr seitens der Bahn erforderlich werden würde, denn diese sei mit dem Ausbau des Gleiskörpers nebst Schotter ihren Verpflichtungen nach der Planfeststellung nachgekommen. Außerdem habe sich durch die Gespräche das durchaus erfreuliche Resultat ergeben, dass ein erster Entwurf eines „Letter of intent“ (LoI) der Gemeinde Sande nunmehr seitens der Deutschen Bahn aufgegriffen werde und von dort ein abgestimmter Entwurf zwecks Unterzeichnung durch Bahn, Gemeinde und Landkreis erstellt werden solle. Im Ergebnis entspreche dieses Vorgehen dem vorhandenen derzeitigen Grundsatzbeschluss der Gremien des Landkreises, nämlich „konstruktive Begleitung“ der Gespräche. Weitere Festlegungen werden zu gegebener Zeit erfolgen, die Verwaltung werde auf die Angelegenheit zurückkommen.

b.) L 807 (AS Jever-Ost der B 210), Jever

Herr Hinrichs betont, dass er nicht auf die Fahrbahnsanierung im Zuge der B 210 eingehen möchte, aber ein sehr erfreulicher Nebeneffekt der Arbeiten sei, dass den Appellen des Landkreises, den Bereich der Anschlussstelle AS Jever-Ost umzubauen mit dem Ziel der Verlegung der Radwegfurt an den Fahrbahnrand, in diesem Zusammenhang nachgekommen wurde. Die Umgestaltung sei erfolgt, die Bemühungen (Anm.: Zuletzt siehe Vorlage 1209/2021) seien von Erfolg gekrönt. Für die Radfahrenden auf der Route zwischen Jever und Sillenstede sei diese Gestaltung der Furt am Fahrbahnrand ein großer Schritt zu mehr Sicherheit und Komfort, seitens der Verkehrsbehörde konnte nunmehr auch die Vorfahrtregelung zugunsten des Radfahrenden wieder umgekehrt werden. Herr Hinrichs bittet Herrn Kilic, ausdrücklich seinen Dank an die Planer der Landesbehörde weiterzugeben.

TOP 8 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten

keine

TOP 9 Anfragen nach § 11 der Geschäftsordnung

keine

TOP 10 Anregungen und Beschwerden

keine

Der Vorsitzende Herr Buß bedankt sich bei der Öffentlichkeit und beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Manfred Buß
Vorsitzender

gez. Sven Ambrosy
Landrat

gez. Denise Wessels
Protokollführer